

## Newsletter August 2021

### **Liebe Genoss\*innen, liebe Unterstützer\*innen der LINKEN-Stuttgart,**

nach zwei Jahren Pandemie, nach einem Jahr mit bald zwei Wahlkämpfen und anderen wichtigen politischen Kampagnen haben wir uns eigentlich alle einen erholsamen Sommer verdient. Wir hoffen, dass Ihr alle die Gelegenheit habt oder hattet zumindest ein bisschen Energie zu tanken. Energie werden wir alle gebrauchen können, denn politisch leben wir – mal wieder – in sehr interessanten Zeiten: Sei es das Desaster der NATO-Politik in Afghanistan, die entscheidende Phase unserer Kampagne gegen Mieterhöhungen in den städtischen Wohnungen, oder der Wahlkampf zur Bundestagswahl am 26. September oder das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen in Berlin. Wir hoffen, dass es uns mit der August-Ausgabe unseres Newsletters gelingt eine Orientierung über die wichtigsten thematischen Eckpunkte und Termine der nächsten Wochen hier vor Ort geben zu können.

Wir nehmen derzeit Anlauf zum Schlusssprint eines sehr wichtigen Wahlkampfes, in dem DIE LINKE energisch ihre Rolle als Vertreterin der Mieter\*innen, der Beschäftigten im Gesundheitssystem oder auch als kompromisslose Partei für Frieden behauptet. In der Rubrik »Aktuelles« rufen wir zur Mithilfe bei den anstehenden Wahlkampfaktivitäten auf: Massenverteilung in die Briefkästen, Infostände, Hausbesuche. Ohne eine gemeinsame Anstrengung werden wir es nicht schaffen. Ganz besonders möchten wir euch auf die Kundgebung am 14. September auf dem Rotebühlplatz hinweisen, bei der - neben unseren Kandidierenden aus Stuttgart und Baden-Württemberg - die Bundesvorsitzende und Spitzenkandidatin Janine Wissler sprechen wird.

Zu »Aktuelles« gehört auch, die finale Phase einer Kampagne, die uns als LINKE in Stuttgart das ganze Jahr über begleitet hat: die gegen Mieterhöhungen in den 19.000 Wohnungen der städtischen SWSG. Wir haben an ca. 4.000 Haustüren geklingelt, wir haben in mehreren Wellen 35.000 Flugblätter verteilt, um die Mieter\*innen der SWSG zu informieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man sich gegen Mieterhöhungen wehren kann. Wir haben Anträge gegen Mieterhöhungen im Gemeinderat und verschiedenen Bezirksbeiräten gestellt. Für den 20. September rufen wir nun zur Teilnahme an einer Kundgebung der Mieterinitiativen Stuttgart von der SWSG-Zentrale auf. Wir protestieren mit den Mieter\*innen während der Aufsichtsrats die Mieterhöhungen berät.

Am 26. September ist nicht nur Bundestagswahl. Eine vielleicht ebenso bedeutende Abstimmung ist die über das Volksbegehren zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne im Bundesland Berlin. Wir wünschen der Kampagne viel Erfolg. In der Hoffnung auf einen Sieg des »Ja!« beim Enteignungs-Entscheid hat der Kreisvorstand intensiv historische Erfahrungen mit Vergesellschaftungen diskutiert. Das Ergebnis der Diskussion ist in einen Artikel aus der Feder von Vorstandsmitglied Sebastian Stark in der Rubrik »Meldungen & Artikel« eingeflossen. In dieser Rubrik findet sich ebenfalls ein Artikel zu den aktuellen Entwicklungen um die skandalösen Entlassungen von Servicepersonal durch den Sana-Konzern verfasst von Thomas Lamparter, dem Sprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN Stuttgart.

Unter der Rubrik »Termine« gibt es wie immer eine Auswahl der nächsten Termine.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Rückfragen und Anregungen unter: [info@die-linke-stuttgart.de](mailto:info@die-linke-stuttgart.de)

## Solidarische Grüße

Katharina Lenhardt Pablo Alderete Filippo Capezzon

### Inhaltsverzeichnis

1. Aktuell (S. 2)
2. Meldungen & Artikel
3. Termine (Auswahl)
4. Sonstiges

## 1. Aktuell

### »Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit Gemeinsam aktiv im Bundestagswahlkampf«



Liebe Genoss:innen,  
nur noch wenige Wochen bis zur Wahl und der Start der Briefwahl steht unmittelbar bevor. Wir waren in den letzten Wochen bereits sehr aktiv: ob auf Veranstaltungen, Infoständen, beim Plakatieren, Haustürgesprächen oder beim Verteilen von Material. Dafür ein großes Dankeschön an alle Helfer:innen - nur gemeinsam können wir diesen Kraftakt stemmen! Die Plakate hängen und nun ist auch allen klar: es ist Wahlkampf. Wir starten damit auch in die heiße Phase und es gibt noch einiges zu tun. Nachfolgend findet ihr eine Übersicht wie ihr euch in den

Wahlkampf einbringen könnt.

### Materialverteilung

Es gibt noch viel Material, das seinen in die Briefkästen sucht. Wir haben Wahlzeitungen, Kurzwahlprogramme, Personenflyer und Flyer zu unterschiedlichen Themen wie Miete, Pflege, ÖPNV oder Klima. Ihr könnt das Material unter der Woche in unserem Büro in der Falkertstraße 58 abholen. Weitere Terminansprachen sind mit Dennis Klora möglich. Erreichbar unter 0176-70318981 oder [dennisklora@googlemail.com](mailto:dennisklora@googlemail.com)

### Plakatierung

Viele Plakate konnten wir bereits im Stadtbild anbringen. Wir haben aber noch einige vorrätig, die gerne abgeholt und aufgehängt werden können. Ihr seht, dass es in eurer Nachbarschaft noch etwas an LINKE-Plakaten mangelt? Dann meldet euch gerne und holt ein paar Plakate ab.

### Veranstaltungen

Neben einer Vielzahl an Veranstaltungen haben wir für die letzten Wochen noch ein paar zentrale Kundgebungen geplant. Ihr findet diese in der Rubrik Termine. Ganz besonders hervorheben möchten wir die Platzveranstaltung am 14. September ab 17:00 Uhr mit Janine Wissler. Mit dabei sind Bernd Riexinger, Gökay Akbulut und Johanna Tiarks.

### Sonstiges

In den nächsten Wochen sind wir auch wieder vermehrt in den Stadtteilen unterwegs - mit Lastenradtouren, Platz- und Kneipentouren, U-Bahn Touren, Haustürgesprächen u.v.m. Alle

kurzfristigen Neuigkeiten gibt es auf unserer Homepage unter Link (<https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/start/termine/>) in unserer »Aktionen Whatsappgruppe« sowie auf den Social Media Kanälen.

**Ihr habt weitere Ideen für den Wahlkampf oder Fragen?** Dann meldet euch gerne unter [wahlkampf@die-linke-stuttgart.de](mailto:wahlkampf@die-linke-stuttgart.de)

Wir empfehlen die Lektüre Interview mit der Spitzenkandidatin Janinen Wissler in der Schweizer Wochenzeitung WOZ, weil es die Positionen der LINKEN pointiert darstellt. Vielleicht kann der Text der einen oder dem anderen für die Argumentation am Infostand hilfreich sein..

Den Text findet ihr unter diesem Link: <https://bit.ly/3l06tw6>

## **Nein zu Mieterhöhungen bei der SWSG!**

***Wir protestieren am 20. September vor der SWSG-Zentrale***



**Kundgebung  
20. Sept. 18 Uhr  
vor SWSG-Zentrale  
Augsburgerstr. 696  
Obertürkheim**

**Bezahlbarer  
Wohnraum  
beginnt vor Ort.**

**Keine Mieterhöhung  
bei der SWSG!**

**DIE LINKE.**

Unsere Kampagne gegen Mieterhöhungen bei der städtischen Wohnbaugesellschaft geht in die entscheidende Phase. Seit Januar 2021 haben wir bei Hausbesuchen mit hunderten SWSG-Mieter\*innen über die bevorstehenden Mieterhöhungen gesprochen. Die SWSG plant 2022 die Mieten ihrer knapp 19.000 Wohnungen anzuheben. Als städtischem Wohnungsunternehmen kommt der SWSG besondere Verantwortung zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum zu, doch in den letzten 10 Jahren sind die Mieten bereits um 22 % gestiegen. Wir haben viele neue Kontakte in die Mieterschaft geknüpft und konnten unsere Verankerung in den Stadtteilen durch die Aktivitäten rund um die SWSG verbessern. Zu nennen ist hierbei beispielhaft auch ein Format wie die Mieter-Hocketse unseres Ortsvereins Fildern im Fasanenhof am 14. August. Klickt unten auf »weiterlesen«, um zum Bericht von der Hocketse zu gelangen. Dort ist auch der Redebeitrag unserer Kreissprecherin, Katharina Lenhardt, abgedruckt, der unsere wesentlichen programmatischen Positionen in Bezug auf die SWSG wiedergibt.

Unsere Gemeinderatsfraktion hat im Mai einen Antrag auf Aussetzung der Mieterhöhung gestellt und werden dies am Ende im Aufsichtsrat auch wieder tun. In Kooperation mit den Mieterinitiativen Stuttgart haben wir zu beiden Wirtschaftsausschusssitzungen, die sich mit der SWSG befassen, Mieter\*innen zum Protest mobilisieren können, die vor den Saaltüren Spalier standen.

Leider war eine breite Mehrheit der Parteien für weitere Mieterhöhungen: CDU, Grüne, AfD, FW, FDP. Auch die SPD stimmte letztlich gegen unseren Antrag. Anders als es z. T. in der Stuttgarter Zeitung dargestellt wurde, ist der Käs' noch nicht gegessen: Der Gemeinderat hat zwar grünes Licht für die Erhöhung gegeben, doch die letztendliche Entscheidung fällt der Aufsichtsrat. In der Aufsichtsratsitzung am 20. September wird der Wirtschaftsplan und die Mieterhöhungen diskutiert. In der Sitzung am 08. November wird entschieden. Wir rufen euch, liebe Genoss\*innen, auf zur Kundgebung der Mieterinitiativen Stuttgart am 20. September um 18:00 Uhr vor die Zentrale der



SWSG zu kommen! Lasst uns gemeinsam mit den Mieter\*innen und Mietern dem Aufsichtsrat zeigen, was von den Mieterhöhungen zu halten ist!

Weiterlesen: Redebeitrag von Kreissprecherin Lenhardt bei der Mieterhocketse am 14.08.2021 im Fasananhof: <https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/start/meldungen-artikel/detail/news/nein-zu-mieterhoehungen-bei-der-swsg/>

## 2. Meldungen & Artikel

### Zur Geschichte der Enteignung

von Sebastian Stark (Kreisvorstand DIE LINKE. Stuttgart)



Die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“, die eine Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne in Berlin erreichen möchte, befeuerte die Debatte um Enteignungen als wirtschaftspolitische Maßnahme. Ein Blick in die Geschichte hilft, deren Widersprüche und Chancen zu erkennen.

#### Die rechtliche Lage in Deutschland

Das Grundgesetz zeugt von einem Klassenkompromiss zum Gründungszeitpunkt der BRD: Während einerseits eine kapitalistische

Wirtschaftsordnung gewährleistet werden sollte, so gab es breite gesellschaftliche Unterstützung für eine sozialistische Ausrichtung bzw. für einen nach heutigen Verhältnissen stark eingreifenden Staat. Die KPD war eine relevante Kraft, die SPD warb noch mit dem Sozialismus und selbst die CDU schrieb in ihrem ersten Grundsatzprogramm, „das kapitalistische Wirtschaftssystem [sei] den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ So wurde im Grundgesetz die Möglichkeit der Vergesellschaftung verankert: Artikel 14.3 erklärt die Zulässigkeit von Enteignung „nur zum Wohle der Allgemeinheit“, wobei Entschädigungen „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“ zu bestimmen sind. In Artikel 15 heißt es: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Während Artikel 14.3 regelmäßig eingesetzt wird um Autobahnbau und Kohleförderung zu ermöglichen, ist Art. 15 noch nie eingesetzt worden. Da wir also in der BRD kaum vergleichbare Fälle hatten, schauen wir uns einige internationale Beispiele für vergangene Vergesellschaftungen, ihre Probleme und Erfolge an.

#### Die Regierung Mitterand

Im Jahr 1981 kam in Frankreich François Mitterand an die Regierung. Er war der erste "sozialistische" Präsident Frankreichs und startete mit einer großen Vergesellschaftungskampagne von Großunternehmen wie Baukonzernen, Chemieunternehmen, Banken, Luftfahrtunternehmen und Rüstungsindustrie. Man sprach bereits von einer gemischten Wirtschaft, einer Verabschiedung vom Kapitalismus, und es gab nur sehr überschaubare Gegenwehr der Kapitaleseite. Warum ist

Frankreich heute also nicht sozialistisch und warum konnte die Regierung Mitterand diese Unternehmen relativ einfach übernehmen?

Die französische Wirtschaft steckte nach der Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre in einer tiefen Krise. Ihre Produkte waren am Weltmarkt kaum noch konkurrenzfähig. Das französische Kapital war aber nicht willens, ausreichende Investitionen in defizitäre Unternehmen zu tätigen. Man übernahm also gegen hohe Entschädigungen der Aktionäre defizitäre Unternehmen. Der Staat führte diese dann nach Marktlogik weiter, investierte große Summen aus der öffentlichen Hand und rationalisierte die Arbeitsplätze. Ab 1986 lief dann wieder eine Privatisierungswelle, die nun profitablen Restunternehmen wurden veräußert. Die "sozialistische" Regierung war der Schuldige für die Durchführung von Kämpfen gegen die französische Industriearbeiterschaft.

### **Allendes Chile**

Deutlich anders gelagert waren die Verstaatlichungen im Chile der Allende Ära. Dort wurde neben verschiedenen anderen Industrien vor allem der Kupferabbau vergesellschaftet. In diesem wurde zwischen 1922 und 1970 bei Investitionen von nur 3,5 Millionen US-Dollar ein Reingewinn von 4,5 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Entsprechend härter waren die Reaktionen der Kapitaleseite, besonders durch die USA. Es gab Wirtschaftsblockaden, Kapitalflucht, ein ständiges Medienfeuerwerk gegen die Regierung und mehrere Putschversuche von dem dann 1973 der Letzte erfolgreich war. Danach setzte mit der Ära Pinochet eine enorme Privatisierungswelle ein. Ideologisch geprägt von Anhängern Friedrich Hayeks, den sogenannten "Chicago Boys", war dies ein Testbalon für den modernen Neoliberalismus. Tatsächlich blieb der Kupferabbau aber sogar unter Pinochet als einzige Schlüsselindustrie in größtenteils öffentlicher Hand. Aus den Gewinnen wurden und werden ein Großteil der Militärausgaben gedeckt. Diese waren in der Pinochet Ära essenziell um die Herrschaft zu erhalten. Erst unter den Sozialdemokraten wurde in den 2000ern dann auch der Kupferabbau wieder stärker privatisiert.

### **Der Fall Conrail**

Es gibt noch zig weitere Beispiele von Vergesellschaftung in westlichen Staaten. Unter Labour in England oder sogar unter Reaktionären, wie Charles de Gaul in Frankreich. Sogar in den USA gibt es mit Conrail und Amtrak zwei sehr prominente Beispiele:

Als im 20. Jahrhundert die diversifizierte amerikanische Eisenbahnlandschaft nicht mehr profitabel war, erreichte der Investitionsstau für ihre Volkswirtschaft bedenkliche Ausmaße. Immer mehr Eisenbahnlinien konnten der Konkurrenz durch die Luftfahrt und LKW Verkehr nicht mehr standhalten. Eine Industrienation kann allerdings nicht ohne ein gewisses Niveau an Eisenbahnverkehr funktionieren. Pendler müssen zur Arbeit kommen, auch wenn ein Auto oder ein Zweitwagen für die Familie nicht leistbar ist. Vor allem aber müssen Minen, Ölquellen, Sägewerke, Fabriken und Exporthäfen effizient verbunden sein. Das geht nahezu nur mit Eisenbahngüterverkehr.

Unter sanftem Druck und gegen Entschädigung wurden die verbliebenen Unternehmen also verstaatlicht, rationalisiert und der Investitionsstau aus dem Staatshaushalt beglichen. Später wurde dann das so entstandene staatliche Güterverkehrsunternehmen Conrail wieder privatisiert. Das staatliche Personenverkehrsunternehmen Amtrak existiert noch heute und bietet ein Grundgerüst an Verkehrsdienstleistung vor allem im dicht besiedelten Nordostkorridor.

### **Welche Schlüsse müssen wir also aus diesen Erfahrungen ziehen?**

- 1.) Vergesellschaftung ist auch im Kapitalismus nicht so selten, wie uns das Geschrei von „Zuständen wie in der DDR“ glauben machen möchte.
- 2.) Nicht jede Vergesellschaftung ist automatisch „links“ oder ein Schritt in Richtung Sozialismus.

3.) Eine Vergesellschaftung die trotz niedrigem Stand der Klassenkämpfe durchgeführt werden kann, nutzt meistens nicht der Arbeiter\*innenklasse sondern hilft dem nationalen Kapital unrentabel gewordene Investitionen abzuschreiben.

4.) Vergesellschaftungen, die gegen die Interessen des Kapitals erkämpft werden, müssen durch ein Voranschreiten von Sozialisierung und Demokratisierung gegen Angriffe des nationalen und internationalen Kapitals verteidigt werden.

### **Welchen Charakter nimmt nun die DWe Kampagne an?**

Trotz der im Entwurf vorgesehenen Entschädigungen zeigen die gestiegenen Parteispenden aus dem Immobilienbereich, so wie die Kampagnen bürgerlicher Kommentatoren, der Übernahmeversuch von Vonovia und das sozialpartnerschaftliche Angebot von DW und SPD, dass es sich hier um eine Kampagne gegen einen relevanten Teil der Kapitalinteressen handelt.

Gleichzeitig hat sie aber nicht die Wut der gesamten bürgerlichen Gesellschaft gegen sich. Nicht irrelevante Teile bürgerlicher Parteien und Medien erkennen die Notwendigkeit für günstigen Wohnraum an. Für Teile der deutschen Unternehmen wird die Wohnraumfrage durchaus kritisch. Es ist zunehmend kaum noch möglich günstige Angestellte zu finden, wenn diese sich in der entsprechenden Region vom Lohn keine Miete leisten können.

Die Kampagne ist mit aller Kraft zu unterstützen. Wir sollten uns allerdings keiner Illusion hingeben, dass sie bereits eine neue Phase radikaler Klassenkämpfe einleitet. Wenn sie erfolgreich ist, wird außerdem zu beachten sein, wie stark sich DW und Co mit ihrer Entschädigung in anderen deutschen und europäischen Städten einkaufen und inwiefern es uns möglich sein wird, den entsprechenden Kampf aus dem Stadtstaat Berlin auf andere Regionen zu übertragen.

Der Fehler Mitterands, oder das Resultat von Amtrak, sind für uns aber fast noch interessanter. Es ist nicht undenkbar, dass eine rot-rot-grüne Regierung in Zukunft in die Verlegenheit käme, relativ einfach z.B. Teile der deutschen Automobilindustrie vergesellschaften zu können. Dann nämlich, wenn im Rahmen der weltweiten Überproduktion und des Wandels weg vom Verbrenner sogar eine Entschädigung unter Nominalpreis attraktiver erscheint als große Investitionen in totes Kapital tätigen zu müssen. Auf dieselbe Weise wäre auch jetzt schon Galeria Kaufhof zu haben. So wären in der Vergangenheit Atomkraftwerke, Steinkohlebergwerke oder die Schlecker Kette zu haben gewesen.

Wenn eine solche Regierung dann aber keine ausreichend starke Massenbasis und keinen Willen hat auf dem Weg der Sozialisierung weiterzugehen wäre sie gezwungen, diese Unternehmen nach Marktlogik gegen ihre eigene Basis zu rationalisieren, was zu ihrer Abwahl und einer erneuten Privatisierung spätestens unter der nächsten konservativen Regierung führen würde.

### **Nein zu Entlassungen & Lohnabsenkungen bei Sana/DGS**

*von Thomas Lamparter (Sprecher AG Betrieb & Gewerkschaft DIE LINKE. Stuttgart)*

*Die geplante Massenentlassung von Servicepersonal des privaten Krankenhauskonzerns Sana zeigt aufs Neue, dass das Streben nach Profit in Folge privater Unternehmensführung immer auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.*

*Stellenabbau im Gesundheitssektor inmitten einer Pandemie, dieses Verhalten der Sana Geschäftsführung ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Servicepersonal, dass in der Stunde unter 12,00 Euro verdient, soll entlassen werden oder dazu erpresst werden Verträge mit bis zu 10 % weniger Lohn zu akzeptieren. Die LINKE. Stuttgart und die AG Betrieb & Gewerkschaft fordern die*

## Nein zu Entlassungen & Lohnkürzung bei Sana!

(in Stuttgart & anderswo!)



Sana AG auf keinerlei Entlassungen auszusprechen und keine Löhne zu drücken. Statt weniger Personal und noch mehr Arbeitsverdichtung braucht es endlich mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für das Servicepersonal in den Krankenhäusern. Die Vorgänge im Sana-Konzern bestätigen unsere Position, dass Gewinne im Gesundheitswesen nichts zu suchen haben. Wir wollen Krankenhäuser in kommunale, öffentliche oder gemeinnützige Hand überführen und schlagen ein Verbot der Entnahme von Gewinnen aus Krankenhäusern.

Die Sana-AG, der drittgrößte private Krankenhausbetreiber in Deutschland, betreibt bundesweit 53 Krankenhäuser. Der Konzern hat insgesamt bisher sieben konzerninterne Servicegesellschaften gegründet. Verschiedene Dienstleistungen an den Sana-Standorten sind an diese Gesellschaften outsourct. Im April 2021 hat Sana bekannt gegeben, dass bundesweit 1.000 Beschäftigten beim Tochterunternehmen Sana DGS pro.service GmbH entlassen werden sollen. 61 der Betroffenen sind an den vier Stuttgarter Krankenhausstandorten (Karl-Olga-Krankenhaus, Sana Herzchirurgie, Klinikum vom Roten Kreuz und Betesda) der Sana beschäftigt. Die Beschäftigten der DGS verrichten wichtige Dienstleistungen wie Hol- und Bringedienst, Patientenbegleitedienst, Pforte/Empfang, Stationshilfsdienst, Wäscherei oder Reinigung. Der Sana-Konzern will den Großteil der Dienstleistungen der DGS künftig durch andere konzerninterne Servicegesellschaften verrichten lassen. Manche ehemalige Mitarbeiter\*innen der DGS pro. Service GmbH sollen zum Teil in die schon bestehende Catering GmbH zugeteilt werden, andere sollen in eine neu zu gründende Logistik GmbH eingegliedert werden.

### Konzern hält sich Lohnabsenkungen offen

Nun wurde ein Interessensausgleich und Sozialplan zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsführung der DGS ausgehandelt. Nach Absichtserklärungen des Konzerns sollen nach wie vor 1.000 Mitarbeiter\*innen eine Kündigung erhalten. Allerdings sollen ca. 500 Mitarbeiter\*innen ein Weiterbeschäftigungsangebot erhalten. Da nur die Hälfte der Mitarbeiter\*innen ein Angebot zur Weiterbeschäftigung bekommen sollen, ist nach wie vor von einer massiven Arbeitsverdichtung auszugehen. Die Zumutbarkeitsregelungen im Sozialplan zeigen aber deutlich, dass es dem Konzern um Lohnabsenkungen geht. Bis zu 10 % weniger vom erzielbaren Jahresmonatsbruttolohn (inklusive stetiger Zulagen) gelten bei den Neuverträgen als zumutbar. Die Beschäftigten haben 2 Wochen Zeit sich zu überlegen, ob sie ein solches Angebot und mögliche Lohneinbußen annehmen. Ein Beschäftigter schrieb uns, dass er 11,20 Euro in der Stunde brutto verdient. Davon kann man in Stuttgart bei den hohen Mieten kaum leben. Wer es sich nicht leisten kann nochmal 10 % weniger zu verdienen und das „zumutbare“ Angebot ablehnt, verliert auch noch den Anspruch auf Abfindung.

### Öffentlicher Druck auf Sana nötig

Der Sozialplan fängt, in all dem Elend, ein paar der allergrößten Härten ab. Zumindest sollen Weiterbeschäftigungsangebote am selben Standort und im selben Stundenumfang und Qualifikation sowie unter Anrechnung der Betriebszugehörigkeit erfolgen. So kann der Konzern wenigstens nicht Angebote in z.T. kilometerweit entfernten Standorten anbieten, um die Beschäftigten so zu zwingen das Angebot auszuschlagen... Trotzdem bleibt abzuwarten wie viele Weiterbeschäftigungsangebote

wirklich gemacht werden und was diese finanziell und mit Blick auf die Arbeitsbedingungen am Ende für die Beschäftigten bedeuten. Der Sozialplan zeigt auch wie klein der Handlungsspielraum der Beschäftigten gegen den übermächtigen Konzern ist, dem die Gesetze bei seinen Plänen freie Hand lässt. Es bleibt dabei: wir brauchen öffentlichen Druck, um den Konzern an der Durchführung der Entlassungspläne zu hindern und um zu verhindern, dass die Spielräume zur Lohnablenkung bei Weiterbeschäftigung, die sich der Konzern offen hält, ausgeschöpft werden.

### **Jetzt: Keine Entlassungen & Grundsätzliche keine Gewinne mehr im Krankenhaus**

Der Kreisverband der LINKEN in Stuttgart fordert die Geschäftsführung von Sana auf, keinerlei Kündigungen auszusprechen. Im Fall von Kündigungen sollte den Betroffenen ein Weiterbeschäftigungsangebot gemacht werden, ohne dass es dadurch zu Lohnverlusten kommt. Weiterbildungen zum/zur Krankenpflegehelfer/in sollten immer Priorität haben und Qualifizierungsmaßnahmen vom Arbeitgeber finanziert werden.

Die Politik darf nicht weitere dabei zusehen, dass private Krankenhauskonzerne wie Sana Menschen entlassen, Arbeit verdichten und Menschen zwingen zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Das ist unerträglich. Für die LINKE ist klar: Gewinne im Gesundheitswesen gehören verboten. Private Krankenhauskonzerne wie Sana müssen enteignet werden und in öffentliche und gemeinnützige Hand überführt werden.

## **4. Termine (Auswahl)**

Aufgrund der Vielzahl von Terminen im Bundestagswahlkampf können wir nur eine Auswahl aller Termine in den Newsletter integrieren. Es handelt sich dabei um zentrale und stadtweite Veranstaltungen, die wir besonders hervorheben möchten. Eine aktualisierte Liste weiterer Termine findet ihr in der Terminrubrik auf unserer Website.

28. August 2021 19:00 Uhr

### **Wahlkampfveranstaltung mit Joe Bauer »Die Kultur der Stadt«**

Marienplatz | Kundgebung/Veranstaltung | Veranstalter: Kreisverband Stuttgart

30. August 2021 18:00 Uhr

### **Wahlkampfveranstaltung mit Martina Renner »Aufstehen gegen Rassismus«**

Württembergischer Kunstverein | Podiumsdiskussion | Veranstalter: Kreisverband Stuttgart

1. September 2021 17:00 Uhr

### **Antikriegstag Stuttgart 2021 - Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!**

Mahnmal für die Opfer des NS Stauffenbergplatz | Kundgebung | Veranstalter: DGB Stuttgart, VVN- BdA Stuttgart

Zuvor ab 15:00 Uhr Friedenpolitischer Infostand der LINKEN auf dem Schlossplatz (Commerzbank)

2. September 2021 18:30 Uhr

### **Treffen AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN Stuttgart**

Online | Gruppentreffen | Veranstalterin: AG Betrieb & Gewerkschaft Stuttgart

4. September 2021 13:00 Uhr

### **#unteilbar Solikundgebung in Stuttgart**

Marianplatz | Kundgebung | Veranstalterin: #unteilbar (Bündnis, u.a. mit DIE LINKE)



5. September 2021 11:00 Uhr

**Nein zum Nordoststring! Radtour des OV Cannstatt entlang des geplanten Trasse**

Treffpunkt: Parkplatz vor S-Bahnhof Fellbach | geführte Radtour | Veranstalter: OV Cannstatt

7. September 2021 18:00 Uhr

**Wahlkampfveranstaltung »Systemwechsel in Gesundheit und Pflege« mit Thomas Böhm, Johanna Tiarks & Bernd Riexinger**

Württembergischer Kunstverein | Podiumsdiskussion | Veranstalter: Kreisverband Stuttgart

14. September 2021 17:00 Uhr

**+++ Wahlkampfveranstaltung mit Janine Wissler +++**

Rotebühlplatz | Kundgebung | Veranstalterin: DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart

20. September 2021 18:00 Uhr

**+++ Kundgebung: Nein zu Mieterhöhungen bei der SWSG in 2022! +++**

vor SWSG-Zentrale, Augsburg Str. 696, Obertürkheim | Kundgebung | Veranstalterin: SWSG-Mieterinitiativen

21. September 2021 18:00 Uhr

**Wahlkampfveranstaltung mit Gregor Gysi**

Rotebühlplatz | Kundgebung | Veranstalter: Kreisverband Stuttgart

23. September 2021 18:00 Uhr

**Sommerkino auf dem Markplatz Bad Cannstatt - »Die Reise des jungen Che«**

Marktplatz Bad Cannstatt | Open-Air-Kino | Veranstalter: OV Cannstatt

Weitere Termine auf unserer Website.

#### 4. Sonstiges



Endlich ist es soweit: Ab sofort ist das **Waldheim Gaisburg** wieder geöffnet! Unsere neuen Pächter, Maryam und Mehdi Seyed, freuen sich auf Euren Besuch, Sie werden Euch mit schwäbischen und internationalen Gerichten verwöhnen. Unter der Telefonnummer 0172 8646582 könnt Ihr auch Essen to Go bestellen und im Waldheim abholen.

Die Öffnungszeiten sind

Mo.-Mi. und Freitag 16.00-22.00 Uhr

Sa., So. und Feiertag 11.00-22.00 Uhr

oder nach Vereinbarung.

#### Impressum

DIE LINKE. KV Stuttgart

Falkertstraße 58

70176 Stuttgart  
info@die-linke-stuttgart.de